

Kapitel 14 Europas Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und Deutschlands Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur

Angela Mehrer und Jana Puglierin

Abstract: Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine haben die europäischen Mitgliedstaaten geschlossen reagiert, Russland sanktioniert und umfassende Hilfspakete im militärischen sowie humanitären und finanziellen Bereich für die Ukraine beschlossen. Dabei haben sich innerhalb der EU neue Machtdynamiken entwickelt. Eine inklusive und kooperative Sicherheitsordnung gemeinsam mit Moskau ist auf absehbare Zeit nicht mehr vorstellbar. Stattdessen kommt es darauf an, in Europa Sicherheit vor Russland herzustellen. Zukünftig müssen sich die Europäer darauf einstellen, dass die USA sich verstärkt auf den indopazifischen Raum konzentrieren werden und die Europäer stärker selbst für ihre Sicherheit sorgen müssen. Die an Berlin gerichteten Erwartungen, eine viel größere Rolle beim militärischen Schutz Europas zu spielen, sind deutlich gestiegen. Deutschland muss hier eine Führungsrolle einnehmen und in enger Kooperation mit den NATO-Verbündeten dazu beitragen, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Schlüsselwörter: Ukraine, Russland, Angriffskrieg, europäische Sicherheitsarchitektur, Deutschland, Sanktionen, Hilfeleistungen, Sicherheitsordnung

1. Europäische Reaktionen auf den russischen Einmarsch in die Ukraine

Russlands Krieg gegen die Ukraine löste ungewohnte Einigkeit in der Europäischen Union (EU) aus. Während sich die EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren in außenpolitischen Fragen oft schwertaten mit einer Stimme zu sprechen, reagierten sie diesmal resolut, geschlossen und schnell. Nur drei Tage nach Beginn des Kriegs hatte die EU bereits zwei umfassende Sanktionspakete verhängt, ihren Luftraum für russische Flugzeuge geschlossen und einem Hilfspaket in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zugestimmt. Sie hatte erklärt, dass Bürger und Bürgerinnen der Ukraine

bis zu drei Jahre in der EU leben können, ohne Asyl zu beantragen. Durch die Finanzierung von Waffen und Ausrüstung für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität brach die EU außerdem mit dem jahrzehntelangen Tabu, keine Waffen in Krisengebiete zu senden. Mit der Verleihung des Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau in Rekordgeschwindigkeit wurde in Brüssel schließlich „das Tor für die zweite große Osterweiterung aufgestoßen“.¹ Vieles, das noch kurz vorher undenkbar erschien, wurde plötzlich möglich. Schaut man auf all diese Entwicklungen, stellt der russische Einmarsch nichts weniger als „ein[en] Wendepunkt für unsere Union“² dar, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits am 27. Februar 2022 konstatierte. Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sprach von der „verspätete[n] Geburt eines geopolitischen Europas“.³

Vorherige Uneinigkeiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die besonders auf unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen fußten, wurden durch den Krieg überlagert und geschlossenes Handeln stand im Fokus. Dennoch zeigten sich hinter den Kulissen auch Spannungen, je länger der Krieg andauerte, und es entwickelten sich neue Dynamiken unter den EU-Mitgliedstaaten. Kritik richtet sich seither vor allem gegen Deutschland.

Während der russische Angriffskrieg die Wahrnehmung von Russland als existenzielle Bedrohung insbesondere in Polen und im Baltikum bestätigte, standen die Deutschen am 24. Februar 2022 vor den Trümmern ihrer bisherigen Russlandpolitik. Gemeinsam mit Paris hatte Berlin bis zuletzt versucht, das Minsk II-Format wiederzubeleben, den Kreml von seinem aggressiven Vorgehen abzubringen und Russland durch Dialog in die bestehende europäische Sicherheitsordnung einzubinden. Berlin glaubte, dass ein Interessenausgleich mit dem Kreml zwar schwierig, aber letztlich möglich sei, und Russland als *Stakeholder* in die bestehende Architektur integriert werden könne. Das deutsche Mantra lautete: „Sicherheit in Europa ist nur mit Russland möglich“.⁴ Dies, in Verbindung mit dem deutschen

1 Lippert, Barbara: Die EU und die zweite große Osterweiterung – Déjà-vus und Neuerungen. In: Bossong, Rafael et al.: Der mögliche EU-Beitritt der Ukraine und seine Konsequenzen, SWP 360 Grad, 2022.

2 Von der Leyen, Ursula: Erklärung zu weiteren Maßnahmen als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine vom 27. Februar 2022, Europäische Kommission, Pressemitteilung.

3 Borrell, Josep: Putins Krieg und das geopolitische Europa, Project Syndicate, 3. März 2022.

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Scholz. Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich“, 15. Februar 2022.

Festhalten an der *Nord Stream 2*-Pipeline bis in den Januar 2022 hinein, sowie der anfänglichen Blockade einer Lieferung von estnischen Haubitzen (die ursprünglich aus DDR-Beständen stammen) an die Ukraine, brachte Deutschland vor Kriegsbeginn den Ruf ein, mit Blick auf Russland ein unsicherer Kantonist zu sein. In Warschau, Tallin und Riga, aber auch in Stockholm und Helsinki, fragten sich im Januar 2022 viele, was sie von Berlin zu erwarten hatten. Die *New York Times* brachte diesen Eindruck auf den Punkt und titelte: „Wo steht Deutschland im Ukraine-Konflikt? Seine Alliierten wundern sich.“⁵

Nach Kriegsbeginn gelang es der Bundesregierung, dieses Misstrauen zumindest teilweise zu zerstreuen. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag gehaltene Regierungserklärung über die „Zeitenwende“ erhielt in Europa und den USA viel positive Resonanz und Unterstützung. Die Welt, so Scholz, sei durch den russischen Einmarsch in der Ukraine über Nacht eine andere geworden. Die europäische Sicherheitsordnung sei zertrümmert. Europas Freiheit, Demokratie und Wohlstand seien in existenzieller Gefahr.⁶ Die Beschlüsse, die Scholz in seiner historischen Rede verkündete, trafen auch im Bundestag auf breite Zustimmung. Sie umfassten Waffenlieferungen an die Ukraine, weitreichende Sanktionen gegen Russland, eine Verstärkung der Ostflanke der NATO, ein im Grundgesetz abgesichertes „Sondervermögen Bundeswehr“, sowie eine sofortige Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland. In den folgenden Monaten entwickelte sich die Bundesrepublik laut Daten des *Ukraine Support Trackers* des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) hinter den Vereinigten Staaten, den EU-Institutionen und dem Vereinigten Königreich zum viertgrößten Geber humanitärer, finanzieller und militärischer Hilfen für die Ukraine.⁷

Dennoch wuchs das Misstrauen gegenüber Deutschland, vor allem bei den EU-Partnern in Mittel-, Ost- und Nordeuropa, in den darauffolgenden Monaten wieder an. Viele hatten dort den Eindruck, dass Deutschland dem groß angekündigten Tabubruch, die Ukraine mit Waffen zu beliefern, nicht ausreichend Taten hatte folgen lassen. Deutschland liefere zu zögerlich, zu wenig, zu spät – so die weit verbreitete Kritik. Dazu kam die Frustration darüber, dass Berlin bei den Debatten über den Ausschluss

5 Bennhold, Katrin: „Where Is Germany in the Ukraine Standoff? It's Allies Wonder“, *The New York Times*, 25. Januar 2022.

6 Vgl. Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. In: *Reden zur Zeitenwende*, 1. Aufl., September 2022.

7 Vgl. IfW Kiel: *Ukraine Support Tracker, Commitments from January 24 to October 3, 2022*.

Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT sowie über einen möglichen Importstopp für russisches Öl und Gas auf der Bremse gestanden hatte. Minna Ålander vom *Finnish Institute of International Affairs* resümierte am 17. November 2022 in der *ZEIT*: „Die deutsche Antwort auf Russlands Aggression fiel enttäuschend aus.“⁸

Aufgrund dieses veritablen Vertrauensverlusts und der Fehlkalkulationen in der deutschen Russlandpolitik (trotz jahrelanger Warnungen aus dem In- und Ausland), konnte Deutschland bei der Formulierung der europäischen Antwort auf den Krieg in der Ukraine dieses Mal nicht die führende Rolle einnehmen, die es etwa bei der Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie oder der Migrationskrise 2015 gespielt hatte. Anders als nach der Annexion der Krim 2014, als Angela Merkel den Norden, Süden, Osten und Westen der EU hinter einer geeinten Position versammelt hatte, konnte Berlin dieses Mal nicht als „ehrlicher Makler“ wirken. Auch Frankreich fiel als Führungsnation in Europa weitgehend aus. Die EU-Länder an der Ostflanke hatten weder Macrons Initiative aus dem Jahr 2019 vergessen, mit Russland Verhandlungen über eine neue europäische Sicherheitsordnung aufzunehmen,⁹ noch seine Äußerungen zum „Hirntod“ der NATO im selben Jahr. Dazu kam, dass das eigentlich so mächtige deutsch-französische Tandem nach der Bundestagswahl aus dem Tritt gekommen war und eine Vielzahl an Unstimmigkeiten die Kooperation zwischen beiden Ländern belastete.¹⁰

Stattdessen übernahmen vor allem Polen, Tschechien und die Baltischen Staaten gemeinsam mit Finnland das Ruder und übten maßgeblichen Einfluss auf die Krisenreaktion der EU aus. Gerade weil sie in ihrer Einschätzung der Motive des russischen Präsidenten richtig gelegen hatten und auch aufgrund ihrer geographischen Lage als Frontstaaten entwickelten sich diese Länder zum neuen Taktgeber der EU in der Krise. Sylvie Kaufmann, Kolumnistin bei der französischen Zeitung *Le Monde* und Wissenschaftlerin an der *Robert Bosch Academy* in Berlin betonte die Neuartigkeit dieser Dynamik:

„Dies ist nicht das alte Ost-West-Gefälle, nicht das alte Europa gegen das neue. Der Krieg in der Ukraine hat bestehende Koalitionen ins

8 Ålander, Minna: „Deutschland und Nordeuropa. Ihr enttäuscht uns!“, *Die Zeit*, 16. November 2022.

9 Vgl. Gressel, Gustav/Liik, Kadri/Shapiro, Jeremy/Varma, Tara: Emmanuel Macron's very big idea on Russia, *ECFR Commentary*, 25 September 2019.

10 Vgl. Ross, Jacob/Kremer, Kenny: Stunde der Wahrheit, *DGAP Kommentar*, 26. Oktober 2022.

Wanken gebracht. Die Nähe Viktor Orbáns zum Kreml hat die Visegrád-Gruppe, bestehend aus Ungarn, Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik, gelähmt. Polen und die baltischen Staaten können nun auf die Unterstützung nordischer Länder wie Finnland und Schweden zählen, wodurch Paris und Berlin in die Defensive geraten.“¹¹

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese neue Dynamik weiter verfestigen und auch in anderen Politikfeldern zeigen wird. Jedenfalls konnte bislang trotz aller Spannungen eine offene Spaltung der EU vermieden werden – am Ende überwog die Einsicht, dass die Geschlossenheit der EU für eine erfolgreiche Unterstützung der Ukraine unverzichtbar ist. Die immer größere Zahl an ukrainischen Geflüchteten in der EU stellt diese Einigkeit allerdings zunehmend in Frage. Es besteht die Sorge, dass die große Aufnahmebereitschaft der Europäerinnen und Europäer kippt und es wieder zu Streitigkeiten – wie 2015 – über die Verteilung innerhalb der EU kommen könnte.

2. EU-Sanktionen gegen Russland: Einheit in Vielfalt angesichts neuer Machtdynamiken

Unmittelbar nach dem russischen Einmarsch wurde ein umfassendes Sanktionspaket verabschiedet,¹² welches Kommissionspräsidentin von der Leyen als „das größte Sanktionspaket in der Geschichte unserer Union“ bezeichnete.¹³ In den nachfolgenden Monaten weitete die EU ihr Sanktionsregime schrittweise aus. Nachfolgend soll die Debatte um Reiseverbote und Energiesanktionen vertieft werden, um die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten und die neuen Machtdynamiken innerhalb der EU zu verdeutlichen.

11 Kaufmann, Sylvie: „War in Ukraine has shaken the EU’s power dynamics“, *Financial Times*, 30. August 2022.

12 Europäischer Rat: EU-Sanktionen gegen Russland: ein Überblick, 2022.

13 Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, 2022.

2.1. Ein „Visaban“ für russische Staatsbürger

Neben dem gezielten Einfrieren von russischen Vermögenswerten im Westen, wurden nach dem 24. Februar 2022 vor allem Mitglieder der russischen Duma und des Nationalen Sicherheitsrates, sowie Militärpersonal, hochrangige Beamte, Geschäftsleute und Oligarchen mit Einreiseverboten belegt. Im August 2022 forderten die Regierungen Estlands und Finnlands umfassende Schengen-Visabeschränkungen für russische Touristinnen und Touristen und wurden dabei von Litauen, Lettland, Polen, Dänemark und Tschechien unterstützt. Sie argumentierten, dass dies eine moralische Pflicht im Angesicht des russischen Einmarsches in die Ukraine sei, es die Umgehung von EU-Handelsbeschränkungen erschwere und außerdem im Sicherheitsinteresse der EU sei. Dies stieß vor allem in Deutschland, Frankreich, und Griechenland, sowie beim EU-Außenbeauftragten Borrell auf harten Widerstand, da, so die Argumente der Gegner, ein „Visaban“ letztlich dem Kreml in die Hände spiele, Russland weiter von der EU isoliere und es russischen Dissidenten erschwere, das Land zu verlassen.¹⁴ Zum ersten Mal nach Beginn des russischen Angriffskrieges drohte der EU die offene Spaltung.

Nach harten Diskussionen einigten sich die EU-Staaten letztendlich auf einen Kompromiss.¹⁵ Die EU-Kommission hob die bis dahin geltende Visa-Erleichterung für russische Staatsangehörige vorläufig auf. Darüber hinaus wurde den einzelnen Mitgliedstaaten viel Freiraum eingeräumt, im Rahmen des Schengen-Abkommens nationale Maßnahmen zu ergreifen. Ein generelles Einreiseverbot wurde indes nicht beschlossen. Der gefundene Kompromiss legte die Streitigkeiten innerhalb der EU vorläufig bei. Die Debatte um den „Visaban“ zeigte jedoch exemplarisch, wie das neue Kraftfeld aus Nord-, Mittel- und Osteuropa es vermochte, sich Gehör zu verschaffen und notfalls auch ohne die Unterstützung der etablierten West-Süd-Flanke die europäische Agenda zu bestimmen.

14 Ein guter Überblick über die Argumente beider Seiten bietet das Blog Symposium des *Verfassungsblogs*: [verfassungsblog.de/category/debates/european-visa-for-russian-tourists-debates/](https://www.verfassungsblog.de/category/debates/european-visa-for-russian-tourists-debates/).

15 Europäischer Rat: Rat beschließt vollständige Aussetzung der Visaeerleichterungen für Russland, 2022.

2.2. Ein Öl- & Gas (Teil-)embargo

Ein Embargo von russischem Öl und Gas war von Beginn des Kriegs an in der EU besonders umstritten. Während sich bspw. Polen und die Baltischen Staaten sofort für einen kompletten Stopp russischer Energielieferungen einsetzten, verwies insbesondere Deutschland auf seine enorme Abhängigkeit in diesem Bereich. Auch wenn andere Länder die deutschen Bedenken durchaus teilten, präsentierte sich die Bundesregierung in Brüssel lange in besonderem Maße als Bremserin.¹⁶ Dies zeigte sich erstmals bei der Frage nach dem Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Zahlungssystem. Zwar gelang es Ende Februar auf Druck insbesondere Polens, Estlands, Lettlands und Litauens, sieben russische Banken von SWIFT auszuschließen. Die größte russische Bank *Sberbank* und die *Gazprombank* blieben bei den Maßnahmen jedoch zunächst unberücksichtigt, da sie eine zentrale Rolle bei der Abwicklung von Zahlungen für russische Energielieferungen an Europa spielten. Mit dem sechsten Sanktionspaket der EU vom Juni 2022 gelang es, das bestehende Verbot u. a. auf die *Sberbank* auszuweiten, nicht jedoch auf die *Gazprombank*.

Neben dem SWIFT-Teilausschluss wurde ein Einfuhrverbot für Kohle und Öl aus Russland in die EU beschlossen. Zusätzlich wurden die Ausfuhr von Gütern und Technologien für die Extraktion und Verarbeitung von russischem Erdöl sowie neue Investitionen in den russischen Energiesektor verboten. Allerdings konnten viele EU-Mitgliedstaaten weiterhin nicht vollkommen auf russisches Öl verzichten. Daher wurden im Juni de facto nur etwa zwei Drittel der russischen Öllieferungen in die EU mit einem Embargo belegt. 2023 soll kein Öl mehr auf dem Seeweg bezogen werden. Ausgeschlossen von dieser Regel sind Ungarn, die Slowakei und Tschechien, die weiterhin russisches Öl importieren dürfen. Aufgrund einer Überbrückungszeit von sechs Monaten für Rohöl und acht Monaten für Ölprodukte greifen die Sanktionen erst vollständig ab Dezember 2022 bzw. Februar 2023. Trotz dieser Ausnahmen soll der Import russischen Erdöls bis zum Jahresende 2022 um 90 Prozent reduziert werden.¹⁷ Die Wirksamkeit dieser Sanktionen wurde jedoch in Frage gestellt, da Akteure wie Indien und China den Öl-Fluss lediglich umlenkten und Russland somit kaum unter dem Teilembargo litt. Als Lösung für dieses Problem und als Reaktion auf Putins Scheinreferenden in Donezk, Luhansk, Saporisch-

16 Vgl. Becker, Markus/Sauga, Michael: „Mögliches Ölembargo gegen Russland. Wie Deutschland Europa überrascht“, SPIEGEL online, 3. Mai 2022.

17 Europäischer Rat: EU-Sanktionen gegen Russland.

schja und Cherson, billigten die EU-Staaten im Oktober mit dem achten Sanktionspaket die Rechtsgrundlage für einen von den G7 beschlossenen Preisdeckel für Öllieferung auf dem Seeweg in Drittstaaten. Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis stufte die neuen Sanktionen weiterhin als zu schwach ein, sie seien jedoch „besser als nichts, als gar kein Paket.“¹⁸

In der Debatte um ein Ölembargo entwickelte sich Berlin vom Gegner zum Antreiber. Deutschlands Reduzierung seiner Ölimporte aus Russland bis Mai auf 12 Prozent schaffte dafür den politischen Raum.¹⁹ Unabhängigkeit von russischem Gas zu erreichen, ist für Deutschland indes um einiges schwieriger. Schließlich vertiefte Deutschland mit den *Nord Stream*-Pipelines seine Abhängigkeit von russischem Erdgas gerade noch. Jahrelang war die Bundesregierung von ihren Verbündeten gewarnt worden, die übergroße Abhängigkeit von Russland mache Deutschland und damit die gesamte EU anfällig für russische Erpressungsversuche. 2020 importierte Deutschland 66,1 Prozent seines Erdgasverbrauchs aus Russland²⁰ – mit der Inbetriebnahme von *Nord Stream 2* wäre diese Zahl noch weiter gestiegen. Nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs setzte Deutschland nun allerdings alles daran, sich schnellstmöglich von russischen Energieträgern unabhängig zu machen. Im ersten Halbjahr 2022 produzierte Deutschland schon 17,9 Prozent weniger Strom aus Erdgas als noch ein Jahr zuvor und der Anteil von Erdgas bei der Stromerzeugung lag im zweiten Quartal 2022 sogar bei nur noch 10 Prozent.²¹ Insgesamt stellt es sich jedoch als schwieriger heraus, alternative Lieferanten für Gas als für Öl zu finden. Litauen und die Niederlande begannen schon vor Jahren sich nach anderen Quellen umzuschauen, weshalb sie im Gegensatz zu Deutschland, Italien, Österreich und Ungarn – die besonders abhängig von russischem Gas sind – als Hauptbefürworter für ein Gasembargo gelten. Polen und Tschechien, das von einem Embargo wirtschaftlich am schwersten getroffen wäre, arbeiten mit Hochdruck an Lösungen, um die Lieferungen aus Russland beenden zu können.²² Bis diese gefunden sind, erscheint ein gemeinsames EU-Gasembargo als unwahrscheinlich.

18 Tagesschau: „Nach russischen Eskalationen: EU einigt sich auf Russland-Sanktionen“, 5. Oktober 2022.

19 Becker/Sauga: Mögliches Ölembargo gegen Russland.

20 Eurostat: Einfuhren von Erdgas. Deutschland 2020.

21 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 374 vom 7. September 2022.

22 Askew, Joshua/Sandford, Alasdair: „Vergleich: Welche EU-Länder wollen russisches Gas und Öl abdrehen?“, Euronews, 18. April 2022.

3. Die Zukunft Europas: Eine Neuausrichtung der europäischen Sicherheitsordnung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, dass eine inklusive und kooperative Sicherheitsordnung gemeinsam mit Moskau auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen ist. Stattdessen geht es für die Europäer darum, Sicherheit vor Russland herzustellen.²³ Die zukünftige Sicherheitsordnung wird deshalb wieder die Eindämmung und Abschreckung russischer Aggression zum Ziel haben. Dementsprechend haben die NATO-Staaten bereits begonnen, ihre Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung des Bündnisgebiets substanziell und nachhaltig zu erhöhen. Sie wollen ihre Verteidigungsbudgets steigern und die Schlagkraft ihrer Armeen verstärken. Schweden und Finnland wollen Mitglieder der NATO werden, Dänemark hat sich für die Teilnahme an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entschieden. Anders als von vielen erhofft, wird die Bedeutung des Militärischen für die zukünftige Organisation von Sicherheit in Europa nicht ab-, sondern zunehmen. Auch wenn noch offen ist, wann und unter welchen Bedingungen der Krieg in der Ukraine endet, wird es keinen Weg zurück zum *Status quo ante* mit Russland geben. Die weitreichenden Sanktionen gegen Russland, das Streben nach weitgehender Energieunabhängigkeit von Moskau sowie die militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung der Ukraine zielen maßgeblich darauf ab, Russland zu isolieren und der Ukraine einen größeren partnerschaftlichen Stellenwert zu geben.

Noch ist eine neue Ordnung in Europa allenfalls in Konturen zu erahnen. Vieles deutet darauf hin, dass die Zukunft Europas von viel größerer Unsicherheit, von neuen Konflikten und globalen Umbrüchen geprägt sein wird.²⁴ Auch der sich immer weiter verschärfende globale Systemkonflikt zwischen China und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) wird Auswirkungen auf die europäische Sicherheit haben. Präsident Joe Biden ist nach Donald Trump und Barack Obama bereits der dritte US-Präsident, der die strategischen Interessen der USA primär im indopazifischen Raum verortet, weshalb die Sicherheit Europas auf der amerikanischen Prioritätenliste weiter nach unten rutscht. Die Europäer müssen sich deshalb künftig sehr viel mehr im Rahmen der Landes- und

23 Vgl. Major, Claudia/Mölling, Christian: „Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr“, ZEIT online, 24. April 2022.

24 Vgl. Puglierin, Jana: Wohin führt der Epochenbruch? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–41/2022, S. 8–12.

Bündnisverteidigung, aber auch beim Krisenmanagement in der eigenen Peripherie engagieren, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Bislang hat Russlands Angriffskrieg dazu geführt, dass die Mitgliedstaaten der NATO und der EU so geeint wie lange nicht zusammenstehen, auch wenn dazu erst so mancher Kompromiss geschmiedet werden musste. Trotzdem identifiziert die Kreml-Führung den Zusammenhalt des Westens als Gravitationszentrum des transatlantischen Bündnisses und der westlichen Unterstützung für den Widerstand der Ukraine – ihn zu spalten, das europäische Projekt zu torpedieren und einen Keil zwischen die Alliierten zu treiben ist das erklärte Ziel Putins. Für die Europäer kommt es entscheidend darauf an, sich trotz aller internen Meinungsverschiedenheiten nicht auseinanderdividieren zu lassen.

Deutschland steht dabei vor einer besonderen Herausforderung. Es muss verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – insbesondere in Mittel- und Osteuropa – und seinen Partnern zeigen, dass es aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und nicht wieder in alte Reflexe zurückfällt. Alleingänge, wie das *Nord Stream 2*-Projekt, dürfen sich nicht wiederholen. Stattdessen muss Deutschland seine Russlandpolitik europäisch einbetten. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe kommt Berlin außerdem eine herausragende Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine zu.

Spätestens jetzt muss sich die Bundesrepublik auch von sicherheitspolitischen Prinzipien verabschieden, an denen sie sich jahrelang orientiert hat. Dazu gehört vor allem die Idee einer europäischen „Friedensdividende“, auf Basis derer sich Deutschland trotz seiner zunehmenden Beteiligung an Auslandseinsätzen immer noch in erster Linie als „Zivilmacht“ verstand. Jahrzehntelange Mängelverwaltung haben die Bundeswehr ausgehöhlt. Am Tag des Kriegsbeginns in der Ukraine konstatierte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, die Bundeswehr sei „mehr oder weniger blank“.²⁵ Vor dem Hintergrund des russischen Revisionismus muss es oberste Priorität haben, die Bundeswehr wieder abwehrbereit zu machen und sie in die Lage zu versetzen, führend zum Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO beizutragen. In ihrer Grundsatzrede zur sich im Entstehen befindenden nationalen Sicherheitsstrategie hat Verteidigungsministerin Christine Lambrecht auch von einer militärischen Führungsrolle für Deutschland gesprochen. Diese bestehe darin, der europäischen Friedensordnung „die Kraft zu geben, die Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Stabilität“ garantiere. Ohne eine funktionsfä-

25 Vgl. Wüstner, André: „Mehr oder weniger blank“, Blogbeitrag auf der Internetseite des Deutschen Bundeswehrverbands, 25. Februar 2022.

hige und einsatzbereite Bundeswehr ist Deutschland als Sicherheitsgarant jedoch nicht glaubwürdig. Kein Partner wird dem deutschen Führungsanspruch folgen. Will Deutschland zum Stabilitätsanker für Europas Sicherheit werden, auf den sich die europäischen Partner verlassen können, muss die Bundeswehr dazu strukturell und materiell in die Lage versetzt werden und die Bundesregierung muss die notwendigen finanziellen Mittel dafür dauerhaft und verlässlich bereitstellen.

4. Fazit

Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gelang es den Mitgliedstaaten der Europäischen Union weitgehend geschlossen zu reagieren, Russland mit dem bis dahin größten Sanktionspaket zu belegen und umfassende militärische, humanitäre und finanzielle Hilfspakete für die Ukraine zu beschließen. Dabei entstand eine neue Machtdynamik innerhalb der EU: Mit den baltischen und nördlichen Staaten fanden mittel- und osteuropäische Länder wie Tschechien und Polen neue Partner, die entschlossener auftraten und verlässlicher erschienen als Deutschland oder Frankreich. Insbesondere Russlands unmittelbare Nachbarn haben erkannt, dass eine inklusive und kooperative europäische Sicherheitsordnung mit Moskau auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Stattdessen gilt es Sicherheit in Europa vor Russland herzustellen.

Letztlich müssen die Europäer mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen und sich darauf einstellen, dass die USA ihren Schutzschirm nicht mehr selbstverständlich über Europa aufspannen werden. Einiges deutet darauf hin, dass Washington sich zunehmend auf den indopazifischen Raum konzentriert und Europa in der Prioritätenliste nach unten rutscht. Europäische Führung muss diese Lücke füllen. Die Erwartungen an Berlin, eine viel bedeutendere Rolle beim militärischen Schutz Europas zu spielen, sind deutlich gestiegen. In enger Zusammenarbeit mit seinen NATO-Verbündeten kann Deutschland diese Pflichten übernehmen und zukünftig für Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent sorgen. Hierfür muss Berlin jedoch erstmal das durch einen mangelnden Entscheidungswillen verlorene Vertrauen zurückgewinnen.

Literaturverzeichnis

- Ålander, Minna: „Deutschland und Nordeuropa. Ihr enttäuscht uns!“, *Die Zeit*, 16. November 2022, www.zeit.de/2022/47/nordeuropa-finnland-russland-ukraine-krieg-sicherheitspolitik, 18.11.2022.
- Askew, Joshua/Sandford, Alasdair: Vergleich: „Welche EU-Länder wollen russisches Gas und Öl abdrehen?“, *Euronews*, 18. April 2022, de.euronews.com/my-europe/2022/04/18/vergleich-welche-eu-lander-wollen-russisches-gas-und-ol-abdrehen, 20.11.2022.
- Becker, Markus/Sauga, Michael: „Mögliches Ölembargo gegen Russland. Wie Deutschland Europa überrascht“, *SPIEGEL online*, 3. Mai 2022, www.spiegel.de/politik/deutschland/krieg-in-der-ukraine-wie-deutschland-beim-thema-oel embargo-europa-ueberrascht-a-a6075295-be3d-4dee-a2b0-12413be46b88, 20.11.2022.
- Bennhold, Katrin: „Where Is Germany in the Ukraine Standoff? It's Allies Wonder“, *The New York Times*, 25. Januar 2022, www.nytimes.com/2022/01/25/world/europe/germany-russia-nato-ukraine.html, 18.11.2022.
- Borrell, Josep: Putins Krieg und das geopolitische Europa, *Project Syndicate*, 3. März 2022, www.project-syndicate.org/commentary/geopolitical-europe-responds-to-russias-war-by-josep-borrell-2022-03/german, 19.11.2022.
- Bundesregierung: Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. In: *Reden zur Zeitenwende*, 1. Aufl., September 2022, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf?download=1>, 19.11.2022.
- Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, 2022, www.luxembourg.representation.ec.europa.eu/actualites-et-evenements/actualites/discours-de-la-presidente-von-der-leyen-la-pleniere-du-parlement-europeen-sur-lagression-de-lukraine-2022-03-01_de, 11.09.2022.
- Europäischer Rat: EU-Sanktionen gegen Russland: ein Überblick, 2022, www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/, 11.09.2022.
- Europäischer Rat: Rat beschließt vollständige Aussetzung der Visaerleichterungen für Russland, 2022, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/09/09/council-adopts-full-suspension-of-visa-facilitation-with-russia/, 11.09.2022.
- Eurostat: Einfuhren von Erdgas. Deutschland 2020, ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/energy_trade/entrade.html?geo=DE&year=2020&language=DE&trade=import&siac=G3000&filter=all&fuel=gas&unit=TJ_GCV&defaultUnit=TJ_GCV&detail=1&chart=1, 20.11.2022.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Scholz. Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich“, 15. Februar 2022, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/scholz-sicherheit-in-europa-nur-mit-russland-moeglich-17807342.html, 23.11.2022.

- Gressel, Gustav/Liik, Kadri/Shapiro, Jeremy/Varma, Tara: Emmanuel Macron's very big idea on Russia, ECFR Commentary, 25. September 2019, https://ecfr.eu/article/commentary_emmanuel_macrons_very_big_idea_on_russia/, 18.11.2022.
- IfW-Kiel: Ukraine Support Tracker. Commitments January 24 to October 3, 2022, www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/?cookieLevel=not-set, 16.11.2022.
- Kaufmann, Sylvie: „War in Ukraine has shaken the EU's power dynamics“, Financial Times, 30. August 2022, www.ft.com/content/2206a011-8769-4205-a5d1-f98492cb73b5, 19.11.2022.
- Lippert, Barbara: Die EU und die zweite große Osterweiterung – Déjà-vus und Neuerungen. In: Bossong, Raphael et al.: Der mögliche EU-Beitritt der Ukraine und seine Konsequenzen, SWP 360 Grad, 2022, www.swp-berlin.org/publikation/der-moegliche-eu-beitritt-der-ukraine-und-seine-konsequenzen, 16.11.2022.
- Major, Claudia/Mölling, Christian: „Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr“, ZEIT online, 24. März 2022, www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-kooperative-sicherheitsordnung-krieg-ukraine-deutschland, 19.11.2022.
- Puglierin, Jana: Wohin führt der Epochenbruch? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–41/2022, S. 8–12.
- Ross, Jacob/Kremer, Kenny: Stunde der Wahrheit, DGAP Kommentar, 26. Oktober 2022, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/stunde-der-wahrheit>, 18.11.2022.
- Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 374 vom 7. September 2022, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/09/PD22_374_43312.html, 11.09.2022.
- Tagesschau: „Nach russischen Eskalationen: EU einigt sich auf Russland-Sanktionen“, 5. Oktober 2022, www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-sanktionspaket-russland-101.html, 20.11.2022.
- Von der Leyen, Ursula: Erklärung zu weiteren Maßnahmen als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine vom 27. Februar 2022, Europäische Kommission, Pressemitteilung, www.ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/state_ment_22_1441, 20.11.2022.
- Wüstner, André: „Mehr oder weniger blank“, Blogbeitrag auf der Internetseite des Deutschen Bundeswehrverbands, 25. Februar 2022, <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/verband-aktuell/beitrag/mehr-oder-weniger-blank>, 19.11.2022.

